

II-13912 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 6773 NJ

1994 -06- 07

A N F R A G E

des Abgeordneten Wabl, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr

betreffend teilweise Lokalfinanzierung durch die Post

In Graz wird ein von der Gewerkschaft geführtes Lokal unter folgenden Bedingungen finanziert: die Post bezahlt 50 % des Personals, 100 % der Betriebskosten und die Investitionskosten. Würde dieses Lokal ausschließlich für Bedienstete der Post zugänglich sein, gäbe es keinen Einwand, jedoch: sämtliche umliegende Firmenangehörige nutzen das günstige Angebot: Menü öS 32,--, Bier öS 12,-- usw. Damit konkurrenzieren dieser Betrieb die umliegenden Lokale zu Tode.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr folgende schriftliche

ANFRAGE:

1. Ist das im Sinne der Post?
2. Wer behält die Gewinne ein?
3. Gibt es noch andere derartige Konstruktionen?
4. Ist es üblich, daß diese "Gasthäuser" allen anderen zur Verfügung stehen?

5. Wie hoch ist der Zuschuß bei den Personal-, Investitions- und Betriebskosten in Schillingen?
6. Werden Sie dafür sorgen, daß diese Einrichtungen nicht mißbräuchlich genutzt werden?